

„Expertenschätzungen zufolge nimmt Deutschland mit der Lizenzschanke jedes Jahr eine Summe zwischen fünf und 30 Milliarden Euro zusätzlich ein. Künftig dürfte dieses Geld aber nicht mehr genutzt werden, um Schulen, Straßen oder Stromleitungen in Deutschland zu bauen, sondern wieder in den Bilanzen der Tech-Firmen verschwinden. Ohne viel Aufsehen soll diese [#Lizenzschanke](#) am Donnerstag im Bundestag abgeschafft werden.“

<https://www.zeit.de/geld/2025-11/finanzministerium-bundestag-tech-konzerne-steuern-lizenzschanke>

Definition und Infos zur aufgehobenen [#lizenzschanke](#) bei wikipedia:

„Hintergrund, Sinn und Zweck

In der Vergangenheit haben viele Unternehmen, vor allem international tätige Großkonzerne ihre Lizenz- und Markenrechte an Tochtergesellschaften im steuerlich günstigen Ausland verkauft und diese Rechte gleichzeitig für überteuerte Leasinggebühren gemietet, um so ihre inländische Steuerlast drastisch zu reduzieren. Vor diesem Hintergrund sah sich die Legislative gezwungen diese Aufwendungen künftig zu beschränken. Die Praxis dieser Steuervermeidung ist vor allem unter dem Namen Dutch Sandwich bekannt.[2] Im Gesetzentwurf geht die Bundesregierung von einem jährlichen Steueraufkommen von 30 Millionen Euro aus.[3] "

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Lizenzschanke>

Hintergrundinfos [#lizenzschanke](#)

„Die Gewinnverschiebung über Lizenzzahlungen spielt bei der Gewinnverschiebung großer (US-)Konzerne weiterhin eine wichtige Rolle – wie wir an konkreten Beispielen zeigen können. Um den daraus entstehenden unfairen Wettbewerbsvorteil zu beseitigen, muss die Bundesregierung in internationalen Verhandlungen auf weitere Reformen hinwirken oder unilaterale Maßnahmen ergreifen. Die Lizenzschanke sollte als Druckmittel und Fall-Back-Option angesichts des ungewissen Ausgangs der internationalen Verhandlungen auf keinen Fall abgeschafft werden.“

<https://www.bundestag.de/resource/blob/1118452/05-u-06-Tax.pdf>

Bezug: [#lizenzschanke](#)

Über die Besteuerung dieser Konzerne wird gerade auch im Bundestag verhandelt. Das Bundesfinanzministerium will die 2017 zur Bekämpfung von Gewinnverschiebung eingeführte Lizenzschanke wieder abschaffen. Der Bundestag stimmt voraussichtlich am 12. November darüber ab. Bei unserer Vorbereitung auf die Expertenanhörung im Finanzausschuss haben wir dazu eine äußerst merkwürdige Entdeckung gemacht: Im September 2024 hat das BMF zusammen mit den zuständigen Referatsleitern der Länder rückwirkend bis 2018 entschieden, die Lizenzschanke nicht auf US-Konzerne anzuwenden

(hier geht es zu unserer Stellungnahme), obwohl sie damit rein rechtlich betrachtet ihrem eigenen Schreiben vom Januar 2022 widersprechen. Aber statt das über ein BMF-Schreiben offen zu kommunizieren, wurde die Entscheidung allem Anschein nach im Geheimen getroffen. Hat hier Politik über den Rechtsstaat gesiegt, ohne dass die Politik das mitbekommen hat?

Quelle: <https://www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/steuergerechtigkeitscheck-november-2025-vorzugsbehandlung-fuer-die-groessten-steuervermeider/>

#Lizenzschanke Hintergrund: „Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen forderte in einem Antrag (21/2245) unter anderem den Erhalt der bisherigen Regelungen. Dieser stieß im Finanzausschuss indes auf Ablehnung der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD, dafür stimmte die Fraktion Die Linke.“

Quelle: <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1126414>

Ausführlicher Infos dazu dann auf der Bundestagsseite hier:

Finanzen

Bundestag ändert das Mindeststeuergesetz

Abgelehnter Antrag der Grünen

Die Bundesregierung sollte sich dem Antrag (21/2245) zufolge auf internationaler und auf EU-Ebene für die globale Mindeststeuer einsetzen. Außerdem wurde verlangt, die internationale Steuerkooperation und Infrastruktur zur Erfassung von Vermögen und den Austausch von Bankdaten weiter zu verbessern. Nach Angaben der Fraktion entgehen den öffentlichen Kassen durch Steuertricks von Konzernen jährlich Milliardeneinnahmen.

So würden beispielsweise durch komplexe Unternehmenskonstrukte legale Schlupflöcher und Besteuerungsunterschiede zwischen Ländern ausgenutzt. Beispielhaft für die Tragweite aggressiver Steuergestaltungen großer Konzerne seien die reichsten Unternehmenseigner Deutschlands, die durch Steuergestaltungen heute effektiv 30 Prozent Steuern auf ihre Einkünfte zahlen würden und damit nur noch die Hälfte im Vergleich zu 1996.

Außerdem wurde gefordert, an den Regeln zur sogenannten Lizenzschanke festzuhalten. Der von der Bundesregierung geplante Wegfall der Lizenzschanke sei falsch, argumentierte die Fraktion. „Faktisch macht dies den Weg für Unternehmen frei, Lizenz- und Markenrechte an Tochtergesellschaften im Ausland zu vergeben. Die Steuerersparnis, die durch eine geringere Besteuerung im Ausland entsteht, kommt somit den Profiten von Unternehmen zustande, die sich an der Nutzung von Steuertricks orientieren“, heißt es in dem Antrag. Dies führe auch zu einem Anreiz zusätzlicher Wertschöpfung im Ausland. (bal/hle/hau/13.11.2025)

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw46-de-mindeststeuer-1123170>